



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für regionale Entwicklung

2011/2157(INI)

19.10.2011

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für regionale Entwicklung

für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

zur Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik
(2011/2157(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Lena Kolarska-Bobińska

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für regionale Entwicklung ersucht den federführenden Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. vertritt die Auffassung, dass die Grundsätze der territorialen Zusammenarbeit auch für die Außengrenzen gelten und ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung der EU sowie zur Verwirklichung der gesamten politischen Ziele der EU im Rahmen der ENP, einschließlich der Förderung der Demokratie, sind; ist der Ansicht, dass diese Ziele nur in Zusammenarbeit mit der Bürgergesellschaft und den lokalen und regionalen Behörden erreicht werden können, damit praktische Lösungen für die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bürger vor Ort gefunden werden und der Vielfalt der regionalen Gegebenheiten in den ENP-Ländern Rechnung getragen wird, wobei gleichzeitig der Grundsatz der Subsidiarität und der Grundsatz der Regierungsführung auf mehreren Ebenen gefördert werden müssen; unterstreicht, dass die Kommission ihren integrierten Ansatz ausweiten sollte, um die lokalen und regionalen Behörden, die einen der Pfeiler der ENP und die Garanten des allgemeinen Interesses darstellen, deutlich zu unterstützen;
2. ist der Ansicht, dass im Rahmen der ENP praktische Projekte von lokalen und regionalen Behörden in Grenzgebieten unterstützt werden sollten, die auf die nachhaltige wechselseitige Entwicklung, den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt und einen soliden Regulierungsrahmen für Unternehmen, der frei von Korruption ist, ausgerichtet sind, damit das Entwicklungsgefälle und Spannungen zwischen Bevölkerungen in Grenzgebieten verringert werden; vertritt die Auffassung, dass lokale und regionale Behörden in Grenzgebieten lernen sollten, ihre bewährten Verfahrensweisen besser zu koordinieren und sich über sie auszutauschen, um gemeinsame Entwicklungschancen zu nutzen;
3. unterstreicht, dass der Europäische Verbund für die territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) ein großes Potenzial für die Einbeziehung der Regionen, die außerhalb der Außengrenzen liegen, in sich birgt; spricht sich für spezifische Abkommen mit benachbarten Drittstaaten im Hinblick auf die Einführung nationaler Rechtsvorschriften, die EVTZ-Strukturen im Rahmen ihres nationalen Rechts ermöglichen, sowie für zwischenstaatliche Verträge aus, die die Beteiligung der lokalen und regionalen Behörden von Drittstaaten am EVTZ möglich machen;
4. betont die herausragende Rolle der Euroregionen für die Erreichung der Ziele der Kohäsionspolitik und legt der Kommission nahe, ihre Entwicklung zu fördern und zu unterstützen, insbesondere in Grenzregionen, damit die Rolle der Euroregionen innerhalb der ENP gestärkt wird;
5. ist der Auffassung, dass die künftige ENP der Rolle der Regionen in äußerster Randlage in der EU-Politik im Bereich der Außenbeziehungen Rechnung tragen sollte; stellt fest, dass sie eine echte Chance bieten, die EU-Außenpolitik zu beeinflussen, weil sie es der EU einerseits ermöglichen, engere Beziehungen zu einer Vielzahl von Drittstaaten zu knüpfen, und andererseits komplexe Fragen wie die irreguläre Migration zu behandeln;

fordert die Kommission auf, für eine größere Flexibilität in Bezug auf neuartige Finanzierungsmöglichkeiten für im Rahmen der Kohäsionspolitik ausgewählte Projekte zu sorgen, damit deren Durchführung europäischen Regionen und Drittstaaten zugute kommt;

6. ist der Ansicht, dass der neue Ansatz für die ENP die makroregionalen Strategien der EU berücksichtigen muss und dass das Potenzial der Makroregionen der EU, die die Nachbarländer der EU einschließen, umfassend ausgeschöpft werden sollte, um Prioritäten und Projekte von gemeinsamem Interesse für die EU und die ENP-Staaten besser abzustimmen, damit positive Ergebnisse für beide Seiten und eine optimale Nutzung der investierten Mittel erzielt werden;
7. unterstreicht, dass die ENP weit ausgelegt werden sollte, damit die Wirtschaftsentwicklung in den Grenzgebieten angekurbelt wird; betont die positiven Auswirkungen der Lockerung der Visabestimmungen für die Durchführung von Projekten der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, den kleinen Grenzverkehr und die Entwicklung der regionalen Märkte, insbesondere für Personengruppen wie Studenten, Forscher, Geschäftsleute, Künstler oder Journalisten; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, die Begriffsbestimmung „Grenzgebiet“ den Bedürfnissen der Regionen entsprechend anzupassen, um erforderlichenfalls die Zahl der Inhaber von Reiserechten im kleinen Grenzverkehr zu erhöhen, indem ihnen in der gesamten Grenzregion Freizügigkeit eingeräumt wird;
8. stellt fest, dass die GD Regionalpolitik der Kommission über eine große Erfahrung mit der Verwaltung des EFRE verfügt, und ist davon überzeugt, dass es im Interesse der Ziele des ENPI wäre, von den Empfehlungen der GD REGIO in Bezug auf die Mittelverwaltung zu profitieren; ist daher der Auffassung, dass die Verwaltung dieser Finanzinstrumente im Zusammenhang mit den Programmen für die grenzübergreifende Zusammenarbeit wieder der GD REGIO übertragen werden sollte, in deren Zuständigkeitsbereich sie in der Vergangenheit fiel;
9. weist darauf hin, dass die Rolle der Regionen von entscheidender Bedeutung für den Erfolg langfristiger sozialer und wirtschaftlicher Reformen und die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung ist und dass die Partnerländer deshalb aktiv auf landeseigene Mittel zurückgreifen sowie die Bürgergesellschaft und Unternehmervertreter in die Umsetzung der Projekte einbeziehen sollten, damit diese eine größere Verantwortung in den Bemühungen um positive Ergebnisse übernehmen;
10. ist der Ansicht, dass der Ausbau der Östlichen Partnerschaft entscheidende Bedeutung für die Entwicklung der EU-Grenzregionen haben wird; betont, dass die Östliche Partnerschaft und die regionale Entwicklung Hand in Hand gehen müssen und die bi- und multilaterale Zusammenarbeit, etwa im Rahmen von Freihandelsabkommen sowie durch angemessen finanzierte gemeinsame Projekte, wie den Kulturaustausch und Austausch auf der Ebene der Bürgergesellschaft, unterstützen sollten;
11. betont, dass der Barcelona-Prozess und die Union für den Mittelmeerraum in Bezug auf die regionale Entwicklung mit neuem Leben erfüllt und eine angemessene bi- und multilaterale Zusammenarbeit, etwa in Form von Freihandelsabkommen oder Kulturaustausch bzw. Austausch auf der Ebene der Bürgergesellschaft, insbesondere

angesichts der jüngsten ermutigenden Ereignisse in Nordafrika gefördert werden sollten;

12. unterstreicht, dass sowohl die Östliche Partnerschaft als auch die Union für den Mittelmeerraum von entscheidender Bedeutung für die regionale Entwicklung sind; betont, dass diese politischen Strategien ungeachtet wichtiger politischer Ereignisse gleichwertig behandelt werden sollten, um insbesondere in finanzieller und institutioneller Hinsicht einen ausgewogenen Ansatz sicherzustellen.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	6.10.2011
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 40 -: 2 0: 1
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	François Alfonsi, Luís Paulo Alves, Charalampos Angourakis, Catherine Bearder, Jean-Paul Basset, Victor Boştinaru, Philip Bradbourn, Zuzana Brzobohatá, John Bufton, Alain Cadec, Salvatore Caronna, Tamás Deutsch, Rosa Estaràs Ferragut, Brice Hortefeux, Danuta Maria Hübner, Filiz Hakaeva Hyusmenova, Juozas Imbrasas, María Irigoyen Pérez, Seán Kelly, Mojca Kleva, Ramona Nicole Mănescu, Riikka Manner, Iosif Matula, Erminia Mazzoni, Jan Olbrycht, Monika Smolková, Georgios Stavrakakis, Nuno Teixeira, Michail Tremopoulos, Viktor Uspaskich, Lambert van Nistelrooij, Oldřich Vlasák, Kerstin Westphal, Joachim Zeller, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Jens Geier, Lena Kolarska-Bobińska, Maurice Ponga, Elisabeth Schroedter, Patrice Tirolien, Giommara Uggias, Derek Vaughan, Sabine Verheyen